

Interpellation Nr. 6 (März 2009)

09.5057.01

betreffend die Ausrichtung des Immobilienportfolios des Finanzvermögens von Immobilien Basel im Rahmen des Politikschwerpunktes "Stadtwohnen"

Im Januar hat der Regierungsrat ein Acht-Punkte-Programm zum Stadtwohnen verabschiedet (vgl. Berichterstattung in der BaZ vom 16.1.09). Grundlage dieses Programms ist ein "Konzept zur Unterstützung des Politikschwerpunktes 'Stadtwohnen' durch das Immobilienportfolio des Finanzvermögens" von Immobilien Basel-Stadt ([www.immobilien.bs.ch/konzept zur unterstuetzung stadtwohnen von wueest partner.pdf](http://www.immobilien.bs.ch/konzept_zur_unterstuetzung_stadtwohnen_von_wueest_partner.pdf)).

In diesem Konzept werden auch die Zielgruppen umschrieben, die durch dieses Immobilienportfolio angesprochen werden sollen. Es ist dies vor allem die Lebensmilieu-Gruppe der "Postmateriellen", d. h. kritische Intellektuelle aus der Mittel- und Oberschicht mit entsprechenden finanziellen Ressourcen, und die Lebensmilieu-Gruppe der "Modernen Performer", die ein "junges, erlebnis- und leistungsorientiertes Milieu" repräsentiert (S. 1 des Konzepts). Diese Zielgruppen müssen gemäss Konzept mit einem Wohnungsangebot angegangen werden, die gehobene Ansprüche befriedigt. Absicht dahinter ist, gute Steuerzahler in der Stadt zu behalten oder in die Stadt (zurück) zu bringen.

Während eine solche Politik durchaus einleuchtet und Sinn macht, stellt sich aber auch die Frage nach Wohnraum für Familien. Dazu schreibt das Konzept: "Auch wenn diverse Städte bemüht sind, vermehrt wieder Familien in die Stadt zu holen, darf dabei nicht vergessen werden, dass die Hauptzielgruppe der städtischen Wohnungspolitik die 1- und 2-Personen-Haushalte sind und dass diese Gruppe zunehmen wird." Zwar wird auch die Förderung von Familien als gesellschaftspolitisch und demografisch wichtig erachtet, als einzige Massnahme wird aber nur "die gezielte Einbindung oder auch Förderung von Genossenschaften und genossenschaftlichen Wohnungsbau" erwähnt.

Es stellt sich nun die Frage, ob eine staatliche Stelle wie die Immobilien Basel-Stadt sich nicht nur so einseitig zugunsten der Schaffung von Wohnraum für DINKS ("Double Income No Kids"; S. 7 des Konzepts), sondern auch in der aktiven Förderung von Wohnungsbau für Familien einsetzen und diese Aufgabe nicht nur dem - per definitionem - nicht-staatlichen genossenschaftlichen Wohnungsbau überlassen soll. Es ist finanzpolitisch sicher sinnvoll, gute Steuerzahler in der Stadt zu behalten und in die Stadt zu bringen. Aber ebenso überlebenswichtig für ein urbanes Gemeinwesen ist die Familie mit Kindern, die in der Stadt aufwachsen, hier in die Schule gehen und eine lebenslange Verbindung zum Ort ihrer Kindheit entwickeln.

Immobilien Basel-Stadt, für viele noch unter dem Namen "Zentrale Liegenschaftsverwaltung" (ZLV) bekannt, hat eine gewisse Vorbildfunktion in unserer Stadt. Für viele Bürgerinnen und Bürger stand die "alte" ZLV neben der Verwaltung von staatlichem Büroraum auch für so etwas wie sozialen Wohnungsbau. Nun scheint mit diesem Konzept eine grundsätzliche Neuorientierung eingeleitet worden zu sein.

Ich möchte entsprechend die Regierung fragen,

1. Ob es richtig ist, dass eine Neuorientierung der Immobilien Basel-Stadt mit Schwergewicht auf der Schaffung von Wohnraum für Singles, Paare stattgefunden hat?
2. Inwiefern Immobilien Basel-Stadt vorsieht, ausser der Vergabung von geeigneten Parzellen im Baurecht an Genossenschaften, sich proaktiv auch für den Bau von grösseren Familienwohnungen einzusetzen?
3. Wie sie die Vorbildfunktion der staatlichen Immobilien-Instanz für den Wohnungsbau in unserer Stadt einschätzt?
4. Ob sie die Auffassung des Interpellanten teilt, dass für Basel als reinem Stadtkanton, im Gegensatz etwa zu Zürich, die staatliche Förderung von attraktivem Wohnraum für Familien mit Kindern recht eigentlich überlebenswichtig ist, da diese in Basel aufgewachsene Generation zu einem wesentlichen Teil das Rückgrat der künftigen staatstragenden Bürgerschaft unseres Kantons bildet?

Oswald Inglin